

Zürich: Friedensabkommen, die Feier und auch Kritik

Mit einem Festakt im Zürcher Kongresshaus haben Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Organisationen der Schweizer Maschinen- und Metallindustrie am Freitag das 50jährige Bestehen des Friedensabkommens in dieser Branche gefeiert. Der Vorsteher des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartementes, Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz, würdigte die Vereinbarung als „von historischer Bedeutung“.

Vertreter des Arbeitgeberverbandes und der Gewerkschaften unterstrichen ihren Willen zur Fortführung des Abkommens, setzten aber teilweise unterschiedliche Akzente für die Zukunft. Zu dem Festakt hatten sich im grossen Tonhallsaal rund 1100 Gäste eingefunden. Die Polizei war rund ums Kongresshaus mit einem – diskret versteckten - Grossaufgebot an Beamten präsent, nachdem im Vorfeld der Feier Störaktionen angedroht worden waren. Sie brauchte jedoch nicht einzuschreiten.

Garant für Zukunft.

Es gebe „staatspolitisch nichts Erstrebenswerteres“ und „sozialpolitisch nichts Moderneres“ als das Friedensabkommen, meinte Delamuraz. Seine Idee der friedlichen Konfliktvermeidung habe die schweizerischen Sozialpartnerbeziehungen nachhaltig geprägt und wesentlich zu Wohlstand und Wohlfahrt in der Schweiz beigetragen. Auch unter veränderten Verhältnissen sei das Friedensabkommen ein „hervorragendes Instrument“, um die Zukunft erfolgreich zu meistern.

Delamuraz hob besonders hervor, dass die Sozialpartner in ihren Regelungen frei von staatlicher Einflussnahme bleiben müssten. Eine lebendige und kraftvolle Sozialpartnerschaft brauche in erster Linie Freiräume. So müsse in der Rechtssetzung jeweils sorgfältig abgeklärt werden, ob die Sozialpartner die Aufgabe nicht gleichwertig oder besser lösen könnten.

Delamuraz betonte schliesslich auch die grosse Bedeutung der Ausbildung: „Die berufliche Weiterbildung muss auf allen Stufen ausgebaut werden.“ Weil es immer weniger Berufs- und Studien-Anfänger gebe, vermöge nur die verstärkte Verlagerung der Bildungs-Anstrengungen auf die bereits im Erwerbsleben stehende Bevölkerung ein Wissensdefizit zu verhindern, sagte Delamuraz.

Intern nicht „aufreiben“

Der Präsident des Arbeitgeberverbandes Schweizerischer Maschinen- und Metallindustrieller (ASM), Marc C. Cappis, forderte die Vertragspartner auf, angesichts der wachsenden internationalen Konkurrenz für die schweizerische Wirtschaft interne Reibungsverluste nach Möglichkeit zu vermeiden. Arbeitgeber und Gewerkschaften müssten vielmehr alles tun, um das Friedensabkommen auch der nächsten Generation intakt übergeben zu können. Cappis warnte jedoch davor, das Abkommen mit immer weiteren Zusätzen zu belasten, die den Freiheitsgrad des einzelnen Unternehmens einschränken. „Mangelndes Solidaritätsgefühl“ habe ohnehin schon dazu geführt, dass die Pflege der Gemeinschaft einer immer kleiner werdenden Gruppe überlassen werde. Solchen Tendenzen dürfe man nicht noch Vorschub leisten.

Reimann: Verbesserungen.

Für den Präsidenten des Schweizerischen Metall- und Uhrenarbeiterverbandes (SMUV), Fritz Reimann, hat sich die Vereinbarung als ein im grossen und ganzen wertvolles Instrument erwiesen, die Interessen der Verbandsmitglieder zu wahren. Das Friedensabkommen sei ein nüchternes Instrument, das allerdings noch verbessert werden müsse, wenn es auch in Zukunft nützlich sein soll. Zur innergewerkschaftlichen Opposition gegen das Abkommen erklärte Reimann, die Empfehlungen, dem Vertragswerk den Rücken zu kehren, seien nicht überhört worden. Bei genauer Betrachtung bedeute das aber nichts anderes als die Rückkehr auf die alten ausgetretenen Pfade der Konfliktstrategie, von denen selbst traditionsreiche Gewerkschaften im Ausland mehr und mehr abkommen.

Substanz wahren.

Der Präsident des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes der Schweiz (CMV), Peter Allemann, warnte davor, kollektivrechtliche Regelungen von der Verbands- auf die Betriebsebene zu verlagern. Je mehr dies geschehe, desto mehr werde die Vereinbarung in ihrer Substanz aufgezehrt. Allemann forderte den Ausbau des Abkommens vor allem in den Bereichen „Neue Arbeitszeitformen“, „Mitbestimmung“ und „Information“. Der Zentralsekretär des Landesverbandes Freier Schweizer Arbeitnehmer (LFSA), Alfred Meyer, wünschte sich schliesslich einen Ausbau der Zusammenarbeit zwischen den Richtungsgewerkschaften. Man müsse zum Arbeitsfrieden Sorge tragen, auch wenn jeder Friede seinen Preis habe. Ein Arbeitsfriede zum Nulltarif jedenfalls könne nicht zum Tragen kommen, und schon gar nicht ein „ewiger“ Friede auf Kosten der Arbeitnehmer.

Solothurner AZ, 1987-09-05.

Friedensabkommen > Jubiläum 1987-09-04.doc.